

die Marinevorlage angenommen werden soll. Stellen Sie sich also nur immer auf den Standpunkt: Erst wollen wir sehen, wo das Geld herkommt, ehe wir es ausgeben. Es muß aber für die Beamten bald etwas geschehen, wir treten deshalb energisch dafür ein, daß die Sache nicht verschleppt wird und daß die Beamten zu den angekündigten Bezügen bald kommen. Aber wie nun? Mittel müssen geschafft werden. In diesem Landtage ist es nicht mehr möglich, neue Steuergesetze zu machen. Nun hat der Herr Minister angedeutet, daß diese Ausgaben schließlich durch allgemeine Steuerzuschläge gedeckt werden können. Meine Herren! Dem kann ich nicht zustimmen, denn ich kann nicht dem Arbeiter zumuthen, der 5= bis 600 M. Einkommen hat, einen Steuerzuschlag zu bezahlen, damit ein Beamter, der 5= bis 6000 M. Einkommen hat, einen höheren Gehalt oder Wohnungsgeldzuschüsse bekommt; dem können auch viele Konservative — so ist mir versichert worden — nicht zustimmen, denn man kann nicht den Armen nehmen und den Reichen oder den Reicherem geben. Wenn Steuerzuschläge kommen, da müßten sich die Kammern, noch ehe sie auseinandergehen, über die Frage einigen, daß nur von einem gewissen Einkommen an ein Steuerzuschlag erfolgt, den allgemeinen Steuerzuschlägen zu diesem Zwecke muß ich widersprechen, so gern ich den unteren Beamten eine Aufbesserung ihrer Bezüge wünsche.

Wenn ich nun kurz auf das Dekret selbst eingehe, so will ich hinweisen auf § 4; da ist gesagt:

„Ueber Aenderungen in der Klassifikation der Beamten und der Orte trifft das Finanzministerium Bestimmung, und zwar über Aenderungen der ersten Art im Einvernehmen mit dem betheiligten Departementsministerium und über Aenderungen der letzteren Art im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern. Solche Aenderungen werden den Ständen jedesmal mit dem Staatshaushaltsetat vorgelegt.“

Es soll also dabei ferner der Zustimmung der Kammern nicht bedürfen. Meine Herren! Wir werden ja im nächsten Landtage, wo Sie sich mit einer ähnlichen Vorlage zu beschäftigen haben, hier nicht mehr sein; ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß jedenfalls die Ständekammern keine Veranlassung haben, eine solche Befugniß aus der Hand zu geben, der Regierung eine so große Machtbefugniß zu geben, sondern die Kammern sollen auch für die Zukunft mit bestimmen, wenn Aenderungen an solchen Sätzen eintreten sollen.

Nun aber, meine Herren, möchte ich mir noch ein Wort an die sächsischen Staatsbeamten erlauben nach der Richtung, sie möchten doch niemals vergessen, daß sie die Diener des Staates, der Allgemeinheit sind, daß sie mit

den übrigen Staatsbürgern leben müssen und den übrigen Staatsbürgern dasselbe gönnen müssen, was sie selbst erstreben. Der kleine Handwerker, der Geschäftsmann und der Arbeiter — das muß den Beamten immer vor Augen schweben — hat schließlich dieselben Bedürfnisse wie er, und deshalb sollen die Beamten, wenn von jenen Kreisen Besserung ihrer sozialen Lage verlangt wird, dem nicht widersprechen. Ich habe vor wenigen Tagen in Dresden-N. in einer Wirthschaft Aussprüche von einem Eisenbahnbeamten gehört — für deren Besserstellung ich wiederholt eingetreten bin —, die mich schmerzlich berührt haben. Der Mann schimpfte in einer unschönen Weise über das Verlangen der Bauarbeiter, der Maurer u. bezüglich deren Verlangen auf bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Geschmerzt hat es mich, wenn ich mich daran erinnerte, daß wir, daß besonders ich stets eingetreten bin für die bessere Besoldung der Unterbeamten. Also ich meine, hier muß bei den Beamten auch der Grundsatz gelten: Leben und Leben lassen; es wollen alle im Staate leben, und der Staat ist schließlich nicht bloß der Beamten wegen da, sondern die Beamten des Staates wegen.

Meine Herren! Der Herr Abg. Dpiß hat nun gesagt, den berechtigten Wünschen müsse entgegengekommen werden. Ja, meine Herren, was berechnigte Wünsche sind, darüber werden wohl die Meinungen wieder auseinandergehen, darüber wird eben ein Streit entstehen, und darüber, was berechnigte Verlangen sind, haben wir uns ja schon so vielfach gestritten. Wenn ein Laufhüter Leineweber meinetwegen den Monat 10 M. mehr verdienen will, wird das ein ganz ungerechtfertigtes Verlangen sein, wenigstens von Seiten der Fabrikanten, von Seiten der besitzenden Klassen als solches bezeichnet werden, und so ist es auf allen Gebieten. Wer bestimmt denn, welche Wünsche berechnigt sind und welche nicht? Ich meine also, man soll nicht mit allgemeinen Redewendungen solche Verlangen abweisen. Wir werden auch gegen den Antrag Dpiß stimmen, weil wir darin einen Vortheil für die Beschleunigung dieser Materie nicht erblicken, sondern weil wir vielmehr in dem Antrage Dpiß eine Verschleppung der Angelegenheit

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

erblicken.

Nun hat der Herr Vizepräsident Georgi gesagt, es sei nicht nothwendig, für alle Orte eine Erhöhung eintreten zu lassen. Meine Herren! Wir meinen doch, wenigstens für die unteren Beamtengruppen. Wo theure Wohnungsmiethen sind, in den großen Städten, muß aber mehr Zuschuß gegeben werden als in den kleinen.